

Im Spannungsverhältnis zwischen Waffenlieferungen und Verhandlungen

Ukraine: Attac diskutiert kontrovers

Von Daniel Diekhans

Wie kann der Ukraine-Krieg beendet werden? Die Antwort auf diese Frage bleibt auch knapp neun Monate nach Kriegsbeginn unbeantwortet. Die jüngsten militärischen Erfolge der Ukraine gegen die russische Armee ändern nichts daran. Die Zerstörung der Infrastruktur und das Leiden der ukrainischen Zivilbevölkerung gehen weiter.

Die Situation in der Ukraine bewegt auch die Wuppertaler Attac-Gruppe, die einen globalisierungskritischen Ansatz vertritt. Intern werde kontrovers diskutiert, sagt Dieter Boden. Am Mittwoch moderierte er eine Veranstaltung in der Börse, bei der die Gruppe dem Thema ein öffentliches Forum gab. Im Roten Salon, wo sonst Gastreferenten über Wirtschaft und Nachhaltigkeit sprechen, ging es um das „Spannungsverhältnis zwischen Frieden und Krieg“. Beim Gespräch zwischen den Attac-Mitgliedern Andreas Schmidt und Ulrich von der Stein gab es eine klare Rollenverteilung: Der eine vertrat den



Diskutierten über den Krieg in der Ukraine: (v.l.) Ulrich von der Stein, Moderation Dieter Boden und Andreas Schmidt. Foto: Stefan Fries

pazifistischen Standpunkt, der andere die Gegenposition.

Ihr Ausgangspunkt waren die auch von Deutschland geleisteten Waffenlieferungen. Da Russland einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg führe, argumentierte von der Stein, „können andere Staaten Nothilfe bei der Verteidigung der Ukraine leisten“. Erst wenn sich ein „Gleichgewicht der Mächte“ einstelle, könnten beide auf Augenhöhe Friedensverhandlungen führen. Auch Schmidt sieht in diesem Konflikt Russland als Aggressor. Fraglich sei, gab er zu bedenken, ob die russische Füh-

rung mit Waffengewalt an den Verhandlungstisch gezwungen werden könne. Wenn es Putins Ziel sei, den Krieg „über Jahre“ weiterzuführen, werde die Ukraine irgendwann „ausbluten“. Einen militärischen Sieg über Russland schloss er aus, weil das Land über „Personal ohne Ende und gigantische Ressourcen“ verfüge. Als Option biete sich lediglich ein „möglichst schneller Waffenstillstand“ an.

Um einen Friedensprozess anzubahnen, so Schmidt, müssten Vermittlungsinstanzen wie die Vereinten Nationen und die OSZE eingeschaltet werden. In

diesem Punkt war sein Gesprächspartner „ganz nah“ bei ihm. Von der Stein beharrte allerdings auf einem parallelen Vorgehen: Zeitgleich mit der militärischen Stärkung der Ukraine müsse jede Möglichkeit für Verhandlungen genutzt werden.

Schmidt kritisierte die „zunehmende Militarisierung“ der deutschen Außenpolitik und das Sondervermögen für die Bundeswehr, das im Juni vom Bundestag mit dem Verweis auf den russischen Angriffskrieg beschlossen worden war. Zustimmung für ihn kam hier auch von der kleinen Runde der Zuhörer. Es sei doch erstaunlich, hieß es im Publikum, dass hierzulande so wenige Menschen für den Frieden in der Ukraine auf die Straße gingen. „Je mehr wir sind, desto mehr Eindruck können wir machen“, meinte ein Zuhörer. An den Jüngsten in der Runde ging die Frage, warum allgemein so wenige seiner Altersgenossen demonstrieren gingen. Er vermute, antwortete der 17-jährige Schüler, „dass meine Generation erschöpft ist von diesen multiplen Krisen.“